

Nikaragua ringt beharrlich um den Frieden in der Region

Dank für internationalistische Hilfe nach der jüngsten Naturkatastrophe ausgesprochen

Von unseren Korrespondenten Diethilde und Detlef Klementz

Gut vier Wochen nach dem verheerenden Wirbelsturm „Joan“ in Nikaragua richtet sich das Hauptaugenmerk der sandinistischen Regierung „neben der Sicherung der Landesverteidigung auf die schnelle Stabilisierung der Lebensmittelproduktion und die Gewährleistung der Agrarexporte“. Das erklärte der Koordinator der Exekutivkommission der Nationalleitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) und Präsident Nikaraguas, Daniel Ortega, in einem Gespräch mit unseren Korrespondenten in Managua.

Das Wichtigste ist jetzt die Produktion

Vor dem Hintergrund der Unwetterschäden und der damit weiter verschärften wirtschaftlichen Situation sei es Aufgabe jedes Nikaraguners, etwas dafür zu tun, das Land voranzubringen. „Angesichts der großen Verluste in der Landwirtschaft konzentrieren wir gegenwärtig alle Anstrengungen darauf, in erster Linie zu produzieren, auch wenn die Bauern oft noch kein festes Dach wieder über dem Kopf haben.“

In den völlig zerstörten Städten Bluefields, El Rama und im Gebiet von Nueva Guinea sei unter breiter Einbeziehung der Bevölkerung mit dem Wiederaufbau von Wohnungen begonnen worden. Daniel Ortega würdigte die schnelle Hilfe zahlreicher Staaten, darunter Kubas, der Sowjetunion, Schwedens, Spaniens und Norwegens. „Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um in diesem Zusammenhang dem Genossen Erich Honecker, der Partei, der Regierung und dem Volk der DDR für die tatkräftige und internationalistische Solidarität zu danken“, betonte der Präsident.

Auf die Lage in Mittelamerika eingehend, erinnerte der Präsident an den Vorschlag seiner Regierung, an der honduranisch-nikaraguanischen Grenze eine internationale Friedenstruppe einzusetzen. „Diese Initiative ist von Honduras aufgegriffen wor-



Bei der Landvergabe in San Marcos im April 1987 war auch Daniel Ortega als herzlich begrüßter Guest dabei

Foto: ND/Rother

den, Kostarika unterstützt sie ebenfalls. Nunmehr kommt es darauf an, diesen Vorschlag auch zu realisieren.“

Daniel Ortega bekräftigte den festen Willen der FSLN, auch künftig beharrlich um einen dauerhaften Frieden in Nikaragua und der Region zu ringen. „Haupthindernis ist nach wie vor die USA-Administration, deren Politik im Gegensatz zur Verhandlungslösung, zum Contadora-Friedensprozeß und zu Esquipulas 2 (in der Region gebräuchlicher Ausdruck für das mittelamerikanische Friedensabkommen vom August vergangenen Jahres – d. Verf.) steht.“

Dialog im Rahmen der Landesverfassung

Auch die Fortsetzung und der Erfolg des vor rund fünf Monaten abgebrochenen nationalen Dialogs mit der inneren politischen Opposition hänge vor allem von der Haltung Washingtons ab. „In Nikaragua agieren maßgebliche Kräfte der Opposition als Instrumente der USA“, stellte Daniel Ortega fest.

Der Dialog müsse auf der Grundlage des regionalen Frie-

densabkommens und im Rahmen der jeweiligen Verfassung der mittelamerikanischen Staaten entwickelt werden. „In Nikaragua sind jedoch bestimmte oppositionelle Kräfte in Abstimmung mit Washington nicht bereit, diesen institutionellen Rahmen, das heißt die Gesetze des Landes, zu respektieren“, führte der Präsident weiter aus.

Als kompliziert bewertete Daniel Ortega auch eine mögliche Fortsetzung der Gespräche zwischen Regierung und Führung der Contras über einen endgültigen Waffenstillstand. Zwar gebe es unter den Contras Kräfte, die sich, wie Alfredo Cesar, für weitere Verhandlungen einsetzen, ihnen fehle aber ausreichende Unterstützung. „Dominierenden Einfluß übt die CIA über Enrique Bermudez aus, der weiterhin eine starre Haltung bezieht und kein Interesse am Frieden zeigt.“ Nach Amtübernahme der neuen USA-Administration hoffe Bermudez auf weitere militärische Hilfe seitens der USA. Daniel Ortega bekräftigte in diesem Zusammenhang die Bereitschaft seiner Regierung, mit Washington einen direkten Dialog über die Normalisierung der Beziehungen zu führen.